

Von Potsdam bis zum Zeughaus

Betrachtungen zur Berliner Geschichtspolitik

Peter März

Zeitgeschichte, namentlich DDR-Geschichte, ist das Thema dieser Zeitschrift. Die deutsche Zeitgeschichte trägt vielfach Züge, für die es in der Welt bis 1917 bzw. bis 1933 keine Analogien gibt. Sie kennt zwei Diktaturen, die singuläre Verbrechensambition sowie das singuläre Verbrechensgeschehen der Nationalsozialisten, sie zeigt das Aufeinanderprallen von Vormoderne und Moderne, sie hat oft erratische Züge. Und doch ist sie nicht einfach „Ding an sich“, sondern zugleich Bestandteil eines umfassenden Geschehens, dessen auch in weiter zurückliegenden Epochen begründete politisch-kulturelle Ausläufer für die dieses Land bestimmenden Koordinaten nach wie vor hohe Bedeutung haben. Deshalb geht es hier nicht nur um DDR-Geschichte, sondern um die buchstäbliche Vergegenwärtigung deutscher Geschichte überhaupt, die freilich ohne den untergegangenen Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht zu denken ist.

Von Helmut Kohl zum Deutschen Historischen Museum

Wird das Deutsche Historische Museum (DHM) mit seiner 2006 eröffneten Dauerausstellung zum nationalen Ärgernis bzw. sollte man die Besucherinnen und Besucher aus der „Provinz“ vor den „Risiken und Nebenwirkungen“ eines Besuches im Zeughaus Unter den Linden warnen? Als Helmut Kohl unmittelbar nach seinem Regierungsantritt vom Oktober 1982 daranging, dem Land Berlin zum 750. Stadtjubiläum 1987 ein deutsches historisches Museum „gleichsam zum Geschenk“¹ zu machen, fanden sich sehr schnell die Kritiker, welche dem Kanzler einen ideologischen Hegemonialanspruch attestierten – und mit dieser ebenso kühnen wie unbelegbaren Behauptung doch nur zu kaschieren suchten, daß sie selbst die seit Mitte der sechziger Jahre in Anspruch genommene linke Bielefelder Deutungshoheit über die Nationalgeschichte gefährdet sahen.² Es wurde dann alles mit allem vermengt, und es ist zugleich schließlich alles ganz anders als prognostiziert gekommen; aber gut ist es gleichwohl nicht geworden.

Wenige Jahre später versandete, im nächsten Akt, der sogenannte Historikerstreik. Er war zu keinem Zeitpunkt eine tatsächliche, fachlich-wissenschaftliche Kontroverse, sondern stets nur eine publizistisch-hochgedopte mit neurotischen Zügen, weil es die eigentlich große, ernsthafte Auseinandersetzung nicht gab. Denn Ernst Noltes abstru-

1 Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München 2006, S. 486.

2 Vgl. dazu das ebenso offenerzige wie auch schon seinerzeit neben der Sache liegende Bekenntnis von Kurt Sontheimer: „Für mich stellt sich die Sache folgendermaßen dar: Einige deutsche Historiker sind dabei, dem durch das Klima der herrschenden Politik favorisierten Versuch, Geschichte für politische oder nationale Interessen zu instrumentalisieren, die Argumente zu liefern. Sie nehmen eine Tradition der deutschen Nationalhistoriografie der vordemokratischen (sic!) Ära auf, um am Geschichtsbewußtsein der Nation zu arbeiten.“ Sontheimer, Kurt: Maskenbildner schminken eine neue Identität. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt v. 21.11.1986, zit. nach: „Historikerstreik“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München P8 P1991, S. 275–280, hier S. 276. Wer Michael Stürmer oder Andreas Hillgruber vordemokratische Traditionen unterstellte, entlarvte sich freilich schon vor zwei Jahrzehnten als selbst massiv voreingenommen.

sen Thesen eines angeblich kausalen Nexus zwischen bolschewistischer und nationalsozialistischer Vernichtungsambition mochte man nur vertreten, wenn man die genuine gesamte Geschichte des deutsch-mitteuropäischen Antisemitismus schlicht ignorierte.³ Aber trotz allen Bemühens um eine Kontaminierung konnte die bürgerlich-liberalkonservative Historiographie der Bundesrepublik mit ihren je ganz verschiedenen Themen und Thesen mit diesem skurrilen Gedankengebäude nicht ernsthaft in Berührung gebracht werden.

Vor allem aber ist es anders gekommen, weil die List der Geschichte ein Deutsches Historisches Museum auf Westberliner Boden in Konkurrenz zum Museum für Deutsche Geschichte der DDR im Berliner Zeughaus obsolet gemacht hat. Das Zeughaus wurde nun selbst der Ort, an dem 1 500 Jahre deutscher Geschichte bzw. rückprojizierter Nationalgeschichte einem Publikum nahegebracht werden sollen, das sich aus dem weiten Bogen vom Bodensee bis Usedom rekrutiert und damit aus Landesteilen ganz unterschiedlicher politisch-kultureller Entwicklung und Verortung. Ein Ärgernis ist nunmehr die Dauerausstellung, und das noch Ärgere sind zumindest manche Sonderausstellungen wie derzeit „Parteidiktatur und Alltag in der DDR“.

An zeitgeschichtlichen Präsentationen herrscht in Deutschland kein Mangel; für die Nachkriegszeit sind die prominentesten in Bonn das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ und in Leipzig das „Zeitgeschichtliche Forum“, für die NS-Diktatur neben den KZ-Gedenkstätten die Dokumentationsstätte auf dem Obersalzberg (Hitlers gewissermaßen zweitem Regierungssitz), das „Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg“, künftig am Ort des sogenannten Braunen Hauses in der Bayerischen Landeshauptstadt ein NS-Dokumentationszentrum sowie – beginnend mit der „Topographie des Terrors“ – vielerlei Einrichtungen in Berlin. Wer ein Deutsches Historisches Museum aufsucht, tut somit gut daran, die erste Aufmerksamkeit auf die Zeit vor der Zeitgeschichte zu konzentrieren. Was er dann findet, ist nicht nur ein Eldorado der Sammler und Jäger, die mit (heimlicher?) Vorliebe alle möglichen bellizistischen Objekte zusammengetragen haben. Der Haupteinwand richtet sich gegen die Konzeption bzw. gegen deren Ermangelung. Irgendwie scheint die „Berliner Republik“ doch ein Geschichtsbild zu inspirieren, das dem General Doktor von Staat anhängt und dem Aufstieg Preußens zur nordostdeutschen Vormacht und – wenn auch lange Zeit der kleinsten – europäischen Großmacht huldigt.

Zunächst einmal ist Nation, wie man heute zuverlässig weiß, ein politisch-kommunikatives Konstrukt, vielfach von Eliten inauguriert und durchgesetzt, nicht ein ethnisch-genealogischer Selbstläufer. In Deutschland fand die Nationenwerdung nicht nur als Resultat der Napoleonischen Ära in deren unmittelbarem zeitlichem Umfeld statt. Die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit bringt mit dem Höhepunkt der Reformation eine wesentliche erste Phase nationaler Identitätsbildung; ihr folgt das 18. Jahrhundert mit zahlreichen Bemühungen, entweder das Heilige Römische Reich als nationalen Ordnungsrahmen einzurichten – Goethes Landesherr Herzog Karl August mit seinem Fürstenbund von 1783 ist klassisches Beispiel für diese Entwicklung. Die andere Dimension sind intellektuelle Prozesse, etwa in der Dichtung, für die Goe-

3 Vgl. Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bruderkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999, S. 618: „[...] doch war der Antimarxismus nicht das ursprünglich bewegende Prinzip des völkischen Antisemitismus. Vielmehr repräsentierte der Rassenantisemitismus ein politisch ideologisches Potenzial, das auf weitaus früher zurückliegende Wurzeln zurückging und eine Form der kompromisslos-extremistischen Absage an das liberale System des 19. Jahrhunderts darstellte, die speziell in Deutschland und Österreich auf eine hohe Resonanz stieß.“

thes durchaus nationales Drama „Götz von Berlichingen“ steht, oder auch in der sogenannten Reichspublizistik. Zugleich gilt es zu sehen, daß die territoriale und mit ihr politisch-kulturelle Pluralität in Deutschland den Prozeß der Nationenwerdung über das gesamte 19. Jahrhundert anhalten ließ. Die Herausprägung einer austarierten Koexistenz zwischen nationaler und regionaler Identität ist eine Spezifik deutscher Entwicklung, die als Prozeß dauerhaft ist, somit auch Gegenwart und Zukunft mitbestimmt. Sachsen und Bayern haben auch noch nach der Reichsgründung von 1871 mit den Instrumenten der Bildungs- wie der Infrastrukturpolitik gleichermaßen das eigene Landesbewußtsein zu erhalten wie weiterzuentwickeln versucht⁴ und dabei trotz der Wilhelminischen Pickelhauben-Gloriole, die unser Bild der vorletzten Jahrhundertwende nach wie vor weitgehend bestimmt, bemerkenswerten Erfolg gehabt. Kurzum: Deutsche Geschichte, wenn sie denn einigermaßen angemessen gelesen und interpretiert werden soll, läßt sich nur als etwas Plurales und Differentes präsentieren.

Eine Dauerausstellung und ihre Schräglage

Wer das Zeughaus unter den Linden aufsucht, wird davon heute wenig vermittelt erhalten. Es beginnt sehr klassisch mit der ausgehenden Völkerwanderung, mit Germanen, Römern und anhebendem Christentum, fast so wie in den Nationalgeschichten des späten 19. Jahrhunderts. Damit fehlen von vornherein zwei zentrale Elemente künftiger deutscher Geschichte, das jüdische und das slawische. Gewiß wird die jüdische Komponente in der deutschen Geschichte hier nicht einfach ausgespart. Aber sie erscheint nicht als ein Kontinuum von Präsenz und Bereicherung einerseits, Diskriminierung und Ausgrenzung andererseits, beginnend mit den Juden am Rhein schon in der Spätantike. Jüdische Präsenz begegnet uns vielmehr stets nur dann, wenn es sozusagen nicht anders geht, wenn entweder große Namen, etwa Friedrich Nicolai und Moses Mendelssohn in der Zeit der Aufklärung, auftreten oder wenn, wie im Zusammenhang mit dem ersten Kreuzzug gegen Ende des 11. Jahrhunderts, die jüdischen Gemeinden am Oberrhein – spektakulär – bedrängt und vernichtet werden.

Alles in allem bietet die Ausstellung zu wenig Kultur- und Sozialgeschichte, zu wenig territoriale Pluralität des Landes insgesamt, die sich in der stark konföderalen Ordnung des Heiligen Römischen Reiches spiegelte, und schlicht zu wenig Süddeutsches. Die preußischen Reformen der Zeit nach 1806 werden mit all ihren Exponenten im Bild fast enzyklopädisch-skrupulös vorgestellt. Die gleichzeitige süddeutsche Reformpolitik, ob man den allmächtigen und zweifellos zentralistischen bayerischen Minister Montgelas jener Jahre nun mag oder nicht, fehlen jedenfalls. Wie es um die EBkultur im Lande stand, sofern es nicht um aristokratisches Tafeln geht, wird man ebenso wenig erfahren wie, wann Menschen im Lande begannen, zur Schule zu gehen und alphabetisiert zu werden. Auf seine Kosten kommt hingegen, wer Gefallen an Schwertern oder – bezogen auf den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 – an Pickelhauben hat. Kriege sind gewiß nicht unwichtig, nur weil das Fechten und Schießen für viele heutige Zeitgenossen inakzeptabel ist. Mit dem Ausgang von Kriegen gehen nicht nur politische Wendungen einher, Kriege beschleunigen auch ökonomische und kulturelle Prozesse und sie werfen in extremer Weise die Fragen nach Humanität und Inhumanität auf. Bleiben wir an dieser Stelle beim Krieg von 1870/71: Als Mixtum compositum von Kabinetts- und Volkskrieg (letzterer übrigens in hohem Maße auch auf deutscher

4 Vgl. Weichlein, Siegfried: Nation und Region. Integrationsprozesse im Bismarckreich. Düsseldorf 2004.

Seite, wie man heute weiß) und als Ausgangspunkt zentraler politisch-strategischer Veränderungen in Europa ist er von außerordentlicher ökonomischer, kultureller und politischer Bedeutung. Solche Komponenten muß man dann aber auch zu präsentieren versuchen.

Regionale, nationale und europäische Geschichte

Jedes nationale Geschichtsmuseum in Europa sieht sich heute auch und an erster Stelle mit der Frage konfrontiert, wie es die nationale und die europäische Dimension aufeinander bezieht. Und dabei sind beide Dimensionen, die der Nation und die kontinentale, keineswegs einmal definierte, feststehende Größen. Die europäische Prägung ist oft eigentlich eine regionale. Die Gotik kommt aus Frankreich nach Deutschland, die Buchhaltung aus Oberitalien. Die Aufklärung beginnt in Spanien, an der Klosterschule von Salamanca, wo sich zu Beginn der Neuzeit Mönche mit der Frage befassen, wie es eigentlich um die Subjekteigenschaft der Indianer in den neuen lateinamerikanischen Besitzungen steht. Von dort gelangt die Aufklärung nach Schottland und von hier nach England und Kontinentaleuropa. Das mittelalterliche Epos kommt aus Frankreich, eigentlich aber aus Aquitanien mit seiner ganz eigenen Identität, welche vom Zentrum um Paris später absorbiert werden wird, nach Deutschland. Deutschland und Österreich hingegen dürfen für sich wohl reklamieren, Zentralort der klassischen Musik in Europa gewesen zu sein.

Wenn wir diese wenigen Streiflichter Revue passieren lassen, dann drängt sich wie von selbst die so spannende Frage auf, wie sich das Mischungsverhältnis von regionalen, nationalen und europäischen Entwicklungen, Amalgamierungen, Weitergaben und schließlich Standardisierungen darstellt. So werden Nationalgeschichten ein Stück weit relativiert, vor allem aber auf eine kreative Weise neu erschlossen: erschlossen insofern, als sie nicht mehr nur für sich stehen, sondern als Dimensionen von Geben und Nehmen erscheinen; aufgehoben insofern, als sie nicht mehr letzter Bezugspunkt historiographischer Anschauung sind, sondern vor allem auch Elemente in einem anderen, größeren, differenteren Raum.

Wie fruchtbar eine solche Betrachtungsweise sein kann, läßt sich gerade auch im Blick auf jenes Geschehen erweisen, das wir als deutsche Geschichte bezeichnen: In Deutschland begegnen uns dreierlei zentrale Ereignisse bzw. Entwicklungen, die für die politische Kultur des Landes bis in die Gegenwart Bedeutung haben und zugleich in einem Prozeß der Europäisierung selbst europäische Bedeutung für sich beanspruchen dürfen.⁵

Deutschland ist nicht nur das Land der Reformation, sondern zugleich das einzige große Land in Europa, mit der relativen Ausnahme Polens, in dem es nach den Konfessionskriegen zu einer Art friedlicher Koexistenz und mit ihr – wenn auch „notgedrungen“ – zu einer Toleranz zwischen den Bekenntnissen und den hinter ihnen stehenden politischen Territorien kommt. In allen anderen großen Ländern, ob Spanien, Frankreich, England oder auch dem regional fragmentierten Italien, behauptet sich nur jeweils eine Konfession. Die konfessionelle Pluralität in Deutschland hängt zugleich mit der territorialen eng zusammen, mit der konstitutiven Schwäche des Reichsoberhauptes und mit dem Staatscharakter einer zweiten staatlichen Ebene, der Reichsstände, aus de-

⁵ Vgl. März, Peter: Einschnitte und Eigenheiten: Spezifika Deutsche Geschichte. In: Gallus, Alexander (Hrsg.): Deutsche Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinigten Deutschland. Köln u.a., S. 21–59.

ren Behauptung in einem langen Prozeß der moderne deutsche Föderalismus hervorgehen wird. Und drittens zeichnet sich Deutschland durch die Entwicklung eines stark outputorientierten Verwaltungsstaates aus. Es mag ja sein, daß solche Prozesse, etwa die Tagungen und Beratungen des Immerwährenden Reichstages in Regensburg, sich nicht so leicht in optische Opulenz kleiden lassen wie Herrscher und ihre Waffenträger. Gleichwohl: Wer die Spezifik deutscher Geschichte vor der Zeitgeschichte mit anhaltender Bedeutung für Gegenwart und Zukunft erfahrbar machen wollte, der bedürfte einer Präsentation, die gerade solche Elemente in den Mittelpunkt rückt.

Die DDR im Deutschen Historischen Museum

Regina Mönch schreibt am 26. April 2007 über die Ausstellung Parteidiktatur und Alltag in der DDR im DHM: „Warum ist dieser Staat untergegangen? Wer es immer noch nicht weiß, im Berliner Museum wird er es nicht erfahren.“⁶ Wer den Katalog zur Ausstellung *Revue* passieren läßt,⁷ wird freilich, gewissermaßen beim ersten Zugriff, dieses Urteil noch nicht unbedingt bestätigt sehen. Wer dann freilich zurückblättert, sozusagen hinter die Schirmmütze von Walter Ulbricht wie die Sonnenbrille von Otto Grotewohl (S. 23), und sich Martin Sabrows einführendem Beitrag „Herrschaft und Alltag in der DDR“ zuwendet, dem wird ein konzeptionelles Erstaunen schwerlich erspart bleiben. Man muß hier sehr genau lesen und sich die Mühe machen, einigermaßen subtil die Methode des Autors zu decodieren. Neben bagatellisierende Schlüsselätze sind Formulierungen plaziert, welche den eindeutigen politischen Diktaturcharakter des DDR-Systems zu belegen scheinen – bis hin zur Verwendung des Adjektivs „totalitär“. Zum Verfahren gehört zugleich, daß politisch entmaterialisierte Leerformeln, definitorisch fast bis ins Unendliche gedehnt, mit dem Gestus des Bemerkenswerten ausgesprochen werden. Allerdings: Dieses nur scheinbar Bemerkenswerte ist eigentlich banal, erklärt nichts, verhüllt nur. Paradigmatisch trifft dies auf die Aussage zu, „der Alltag [sei, P.M.] kein Gegenbegriff zu Herrschaft, sondern ihre komplementäre Rückseite – und dies in Demokratien so sehr wie in Diktaturen.“⁸ Eine derartige Aussage ist etwa so erhellend wie jene, daß sich auf dem Eiland, auf dem Robinson gestrandet war, von dem Augenblick an gesellschaftliche Interaktion etablieren konnte, als ihm mit Freitag ein Gefährte zuwuchs, und sich mit dessen Präsenz zugleich „Herrschaft“ herausbildete. Gesellschaft und mit ihr unweigerlich Herrschaftsstrukturen gibt es überall, wo Menschen agieren und kommunizieren. Da dieser Umstand aber so und für sich ohne Aussagewert ist, muß es doch vielmehr darum gehen, die Bedingungen zu beschreiben und zu bestimmen, unter denen Menschen leben, sich artikulieren, Öffentlichkeit entweder passiv erleiden oder aktiv gestalten können.

Ausgehend von solchen Klärungen erscheint die folgende Sentenz als Schlüsselsatz: „Die DDR war eine partizipatorische Parteidiktatur, die jeden fünften Erwachsenen als Mitglied der Staatspartei führte, deren Machtmechanismen auf der Bereitschaft zum Mitmachen beruhten und in der Täter- und Opferrollen vielfach vertauscht werden

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26.4.2007, S. 35.

7 Parteidiktatur und Alltag in der DDR. Aus den Sammlungen des Deutschen Historischen Museums. Hrsg. von Regine Falkenberg, Carola Jülig, Jörn Schütrumpf, unter Mitarbeit von Ralph Gleis, im Auftrag des Deutschen Historischen Museums, Berlin 2007.

8 Sabrow, Martin: Herrschaft und Alltag in der DDR, Katalog Parteidiktatur. Berlin, S. 10–19, hier S. 14.

konnten.“⁹ Auch hier wird mit Binsenweisheiten gearbeitet, die nicht erklären, sondern vernebeln. Daß es in menschlichen Gesellschaften die absolute Diktatur ebenso wenig wie die absolute Demokratie geben kann, ist zutreffend und sagt doch zugleich wenig bis nichts über die realen Verhältnisse in realen Systemen aus. In Clausewitz' Werk *Vom Kriege* finden wir als Denkfigur, von Kants „Ding an sich“ durch zeitgenössische indirekte Rezeption entlehnt, den Begriff des „Absoluten Krieges“.¹⁰ Es ist dies, im Grunde dem Weberschen Idealtypus entsprechend, das Konstrukt einer Auseinandersetzung, die gewissermaßen ohne immanente Limitierungen (der Primat der Politik gilt hingegen hier wie stets bei Clausewitz weiterhin) ausgetragen wird. Heuristisch sind solche Denkfiguren immer fruchtbar, weil sie helfen, Abweichungen von normativen Vorgaben wahrzunehmen, zu erläutern und aus ihren Kontexten zu begründen.

Im konkreten Fall ist die Intention aber zu offensichtlich und verstimmt, um das Mindeste zu sagen. Diktatur und Demokratie sind als Erscheinungen derart voneinander getrennt, ja verhalten sich in solcher Weise antagonistisch zueinander, daß sich terminologische Brückenschläge auch dann verbieten, wenn man von der realen historischen Situation, nicht von konstruierten Denkfiguren ausgeht. „Partizipatorische Parteidiktatur“ ist ein Terminus, der in offenkundiger Absicht das Subjekt, die Diktatur, dadurch relativiert, das er es mit einem positiv besetzten Adjektiv – „partizipatorisch“ – kombiniert. Eine Ordnung mit zumindest semidemokratischen Zügen, das ist wohl die Suggestion, die hier beabsichtigt ist. Konkret ist in diesem Schlüsselsatz von jedem fünften Erwachsenen als Mitglied der Staatspartei die Rede. Stilistisch geschickt werden damit zwei Faktoren plausibel gemacht, die einer näheren Überprüfung natürlich nicht standhalten können: einmal erweckt die Nennung von zwanzig Prozent den Anschein, als handele es sich hier um so etwas wie eine besonders profilierte Quasi-Mehrheit. Die anderen achtzig Prozent bzw. vier Fünftel bleiben ausgeblendet. Und zum anderen wird so getan, als ob dieses Fünftel, diese zwei Millionen, eine das Regime tatsächlich im Alltag wie in der politischen Entscheidungsfindung tragende Schicht gewesen seien. Aber selbst außerhalb der etablierten DDR-Wissenschaft weiß man zur Genüge, daß es sich keineswegs so verhielt. Eigentlich sollte sich jeder Abiturient im vereinten Deutschland, zwischen Aachen und Frankfurt an der Oder, klar darüber sein, daß die Willensbildung im SED-Staat nicht von der Parteimitgliedschaft zum Politbüro ging, sondern genau umgekehrt.

Sabrows Bild von der Teildemokratie, getragen durch eine gesellschaftliche Avantgarde in der Dimension eines Fünftels der Bevölkerung, würde insofern noch viel eher auf das antike Sparta als auf die Arbeiter- und Bauernmacht zwischen Ostsee und Erzgebirge passen: In Sparta war die Kriegeraristokratie der Spartiaten zwar gegenüber den beiden anderen politikfernen Schichten der Heloten und der Periöken eindeutig in der Minderheit. Doch zumindest stellte sie für sich ein Gesellschaftssegment dar, das über die Besetzung der wesentlichen Ämter sowie über die zentralen politischen Entscheidungen durchaus basisdemokratisch bestimmen konnte, wenn auch nur nach Lautstärke gemessen, wie uns die antiken Historiographen berichten. Gleichwohl stellte, verglichen mit dieser Struktur, der SED-Staat einen deutlichen demokratiepolitischen Rückschlag dar.

Politische Despotie prägt die Sozialgeschichte der Menschen, nicht umgekehrt. Regina Mönch macht das an einem Beispiel deutlich, das für die Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft in der DDR von erheblicher Bedeutung war und es im Blick auf die

9 Ebd., S. 12.

10 Vgl. Aron, Raymond: Clausewitz. Den Krieg denken. Frankfurt am Main u.a., S. 107 ff.

sozialpsychologischen Verhältnisse im Land immer noch ist: „Wer die Texte zur Bodenreform liest, könnte glauben, daß die meisten sie frohgemut guthießen. Der Leser bekommt nicht einmal eine Ahnung davon, was dieser Eingriff in die Lebens- und Eigentumsverhältnisse bedeutete, wie viele Menschen daran verzweifelten, Haus und Hof verließen.“¹¹ Der gesamte so verheerende Prozeß der Eliminierung bürgerlicher Autonomien, von der Einengung und Beseitigung der Existenzgrundlagen für Unternehmer und Freiberufler bis zur Aufhebung des eigenständigen Vereinslebens in SBZ und DDR, wird weder bei Sabrow erwähnt, noch findet er in der Ausstellung selbst seinen Niederschlag. Nun folgte dieser Prozeß allerdings eindeutig politischen Imperativen, aus Moskau wie aus dem unmittelbaren Umfeld der SED-Spitze. Insofern bestätigt sich auch hier die These, daß es zunächst und vor allem darauf ankommt, nach genuin politisch-diktatorischen Vorgaben, Prozeduren und Entwicklungen zu fragen. Daß es auch flankierende Momente gab, etwa das Ausleben eines kleinbürgerlich-proletarischen Nivellierungsdenkens oder das sich Einleben und Einfühlen in ein subalternes Gemeinschaftsempfinden, sei hier gar nicht bestritten. Schließlich hat es wohl nie auf deutschem Boden ein System gegeben, das den Figuren und Verhaltensweisen in Heinrich Manns Roman *Der Untertan* so sehr entsprach wie das der DDR. Aber im Kern muß es doch um das gehen, was man heute als die „Kompetenzkompetenz“ bezeichnet, also die eigentliche Quelle politisch-monokratischer Macht.

Von der Ausstellung zu den „Empfehlungen“

Es ist ein Unterschied, ob Historiker oder Sozialwissenschaftler an Hochschulen und Akademien vor sich hin „werkeln“, Quellen publizieren, Monographien schreiben und so zur allgemeinen historisch-politischen Aufklärung beitragen und dies irgendwo auf der breiten Skala zwischen Objektivierung und Parteinahme, manchmal mehr hier, manchmal mehr da. Oder ob sie öffentliche, um nicht sogar zu sagen staatliche Deutungshoheit für sich reklamieren, ähnlich jener Ambition, die man vor rund zwanzig Jahren im sogenannten Historikerstreit Michael Stürmer attestiert hatte. Stürmers vielfach zitierte und gerne als Kernbeleg für einen geschichtspolitischen Hegemonialanspruch des Umfeldes von Helmut Kohl herangezogene Formulierung hatte gelautet: „Orientierungsverluste und Identitätssuche sind Geschwister. Wer aber meint, daß alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“¹² Was Stürmer nach der Methode „Haltet den Dieb!“ von seinen geschichtspolitischen Gegenspielern so gerne unterstellt worden war, ohne daß seine Formulierungen wie sein Verhalten solche Ambitionen wirklich belegten, scheint bei Sabrow tatsächliche Ambition zu sein. Martin Sabrow war Promotor jener Expertenkommission „Zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘“, die am 9. Mai 2005 durch die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) berufen wurde. Rund ein Jahr später, am 15. Mai 2006, wurden die Empfehlungen der Öffentlichkeit vorgestellt, in einer freilich politisch deutlich veränderten Landschaft: Staatsminister Bernd Neumann und sein zuständiger Amtschef, Ministerialdirektor Prof. Dr. Hermann Schäfer, nahmen das Elaborat, um es milde auszudrücken, eher süß-säuerlich entgegen, und es bedarf gewiß keines kontrafaktischen Scharfsinnes, um

11 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26.4.2007, S. 35.

12 Stürmer, Michael: Geschichte in geschichtslosem Land. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25.4.1986, zit.: nach „Historikerstreit“, S. 36–38, hier S. 36.

zu dem Resultat zu gelangen, daß sie selbst dieser Arbeitsgruppe eine solche Hausaufgabe gewiß nie gestellt hätten. Über diese Empfehlungen ist mittlerweile hinreichend gestritten worden, vielleicht sogar mehr als das. So hatten die kritischen Stellungnahmen in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* Züge eines förmlich linearen Aktion-Reaktion-Bezuges an sich, dem es an einer wirklich analytischen Differenzierung der Inhalte und des Vorgangs mangelt.¹³

Zweifellos wird in den Empfehlungen – ob nur rhetorisch oder tatsächlich so intendiert, sei hier dahingestellt – der politische Repressionscharakter des DDR-Systems an vielen Stellen benannt. Eine Kritik, die nur vom sozialhistorischen Weichzeichner spräche, ginge insofern in die Irre bzw. in eine für vordergründige Beckmesserei aufgestellte Falle. Hier sei vielmehr der Finger in drei ganz andere Wunden gelegt: Für den süddeutsch-föderalen Betrachter der Szene ist die übermäßige Berlin-Fixierung des gesamten Elaborates ein massives Ärgernis. Offenkundig zur Rundumabsicherung empfiehlt die Kommission am Ende ihrer Ausführungen „eine kooperative Verbindung der Gedenkstätte Berliner Mauer mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und weiteren Grenz Museen und Gedenkstätten wie insbesondere dem Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth“.¹⁴ Die wesentliche Tatsache, daß eben nicht nur eine Stadt geteilt war, sondern ein Land mit der Vielfalt seiner je spezifisch politisch-kulturell geprägten Räume, von der Ostsee bis zum Rennsteig, wird bei solchen hauptstadtzentrierten Betrachtungsweisen weitestgehend ausgeblendet. Dies ist um so schwerwiegender, als gerade von seiten der früheren DDR-Oppositionellen ihren westdeutschen Landsleuten vielfach und mit gutem Grund vorgehalten wird, sie sperrten sich dagegen, die Geschichte der DDR als Teil nationaler Geschichte wahrzunehmen und sähen sie weitestgehend als ostdeutsche Regionalgeschichte, die in der Pfalz oder im Emsland wenig Beachtung verdiene. Teil von nationaler Geschichte kann DDR-Geschichte freilich nur sein bzw. werden, wenn sie auch als eine topographisch-flächige Geschichte erfahren wird.

Besonders entlarvend ist in diesem Zusammenhang eine Formulierung, die sich auf die Frage der Erinnerung an die Teilung „Deutschlands und Berlins“ bezieht: „Die Empfehlungen der Kommission schließen in diesem Bereich an das vom Berliner Senat vorgelegte Gedenkkonzept an, in dem die Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße perspektivisch eine Schlüsselrolle einnimmt, und können in allen Einzelfragen auf dieses Konzept verweisen.“¹⁵ Dieser Satz belegt noch einmal die Feststellung einer überbordenden Berlin-Fixierung. Besonders kurios mutet es aber an, wenn eine Kommission mit wissenschaftlichem Anspruch vorbehaltlos ein Konzept akzeptiert, das eine Landesregierung, also eine politisch-operativ handelnde Einrichtung, vorgelegt hat. Braucht man „wissenschaftliche“ Kommissionen, um politischen Vorgaben zu akklamieren? Und woran erinnern solche Verhaltensweisen?

Das zweite Ärgernis ist die vorgesehene Aufwertung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ohne auf die Arbeitsweise dieser Stiftung, über deren Agieren mehr

13 Vgl. Sabrow, Martin u.a. (Hrsg.): *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*. Göttingen 2007; Schwartz, Michael/ Wentker, Hermann: *Erinnerungspolitik auf dem Holzweg. Zu den Empfehlungen der Expertenkommission für eine künftige „Aufarbeitung der SED-Diktatur“*. In: *Vierteljahrsheft für Zeitgeschichte*, 54/2006, S. 517–521 u. dies.: *Kein Konsens über die „Konsens-Diktatur“*. Zur Reaktion Martin Sabrows auf unsere Kritik an seinem DDR-Aufarbeitungskonzept. In: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland*, 39/2006, S. 1080–1083.

14 Sabrow: *Dokumentation einer Debatte*, S. 41.

15 Ebd., S. 40.

hinter vorgehaltener Hand als auf dem offenen Markt freimütig gesprochen wird, weiter eingehen zu wollen, wird hier doch manifest greifbar, worum es intern gehen dürfte: Diese Stiftung praktiziert Allokation der Ressourcen, wirkt somit wie eine Holding, deren Voten, der gehobene oder der gesenkte Daumen, von entscheidender Bedeutung für die Realisierbarkeit von Projekten sein können. Dem Autor sei hier die knappe Schilderung einer Erfahrung aus der Praxis gestattet.

Als ich im Kreis der Kollegen – Leiter der Zentralen für politische Bildung im Bundesgebiet – Ende 2005 vom Projekt des Forschungsverbundes SED-Staat berichtete, „Das Bild der DDR bei Lehrern und Schülern“ in einer vergleichenden, umfangreichen sozialwissenschaftlichen Erhebung im Bundesgebiet zu ermitteln, wurde mir entgegengehalten, dieses Vorhaben sei wenig sinnvoll, da man sich hinsichtlich seiner Bewertung an die Stiftung Aufarbeitung gewandt und von dieser ein negatives Urteil erhalten habe. Das Thema sei bereits ausgeschöpft. Zuteilung oder Nichtzuteilung in Verbindung mit kanonisierten Festlegungen – man könnte auch von kartellartigen Strukturen sprechen.

Der dritte Punkt betrifft eine semantische Verschiebung, über die sich gleichfalls nachzudenken lohnt: Die Expertenkommission hatte sich noch „nur“ mit der Schaffung eines Geschichtsverbundes zu befassen, wesentlich also mit eigentlich institutionell-organisatorischen Fragestellungen. Daß in einem freiheitlich-pluralen System derartige Vorgaben für sich schon problematisch sein müssen, wurde hier schon angedeutet. Schließlich soll der Geist da wehen, wo er wehen mag, nicht da, wo Kommissionen und Institutionen ihn wie Verkehrspolizisten auf der Kreuzung hinleiten wollen. Die von den Mitgliedern der Kommission nunmehr herausgegebene Textsammlung trägt hingegen den Titel „Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte“.

Ärgerlich ist zunächst, daß es sich hier nicht, aus welchen Gründen auch immer, um eine vollständige Textsammlung handelt, wie sie für den wissenschaftlich orientierten Benutzer eigentlich unabdingbar wäre. So fehlen durchgängig die kritischen Beiträge aus der *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Nr. 19/2006, was immer auch die konkreten Gründe dafür gewesen sein mögen. Dies ist um so bedauerlicher, als die *Zeitschrift des Forschungsverbundes* eben nicht wie das *Deutschland Archiv* allgemein präsent ist. Letzteres wird schließlich vom alles andere als schmalbrüstigen Bertelsmann-Verlag herausgegeben und von der Bundeszentrale für politische Bildung flächendeckend vertrieben. Zur Semantik selbst: Vom „Verbund“ zur „Erinnerung“, dies ist weder Lappalie noch gewiß ein Zufall. Verbund, das ist ein institutionelles Gehäuse bzw. – um auf Michael Gorbatschows „Europäisches Haus“ zu rekurrieren – ein Gebäude mit mehr oder weniger autonomen Wohnungen. Erinnerung aber ist viel mehr, beschreibt den Gesamtbereich der historischen Vergewisserung wie der intellektuellen Orientierung.

Welche Geschichte und wozu?

Zwei Bemerkungen zum Schluß. Die erste mag in einem Periodikum, das sich mit DDR-Forschung befaßt, merkwürdig anmuten und sei doch gestattet: Vielleicht haben wir in gewisser Weise zuviel DDR-Geschichte, zuviel sich Tummeln auf einer Mikroebene, stetes Beschreiben von und „Herunterbrechen“ auf immer mehr Facetten getrieben. Bei solchem Vorgehen verschwindet der Wald hinter den Bäumen. Die DDR wird bei derartiger historischer Rückschau zum Kaleidoskop unzähliger Institutionen und

Akteure, die in Interaktion miteinander standen und die es sich zugleich in ihrer Brigade wie auf ihrer Datsche einigermaßen gut gehen ließen. Vielleicht haben wir auf der anderen Seite auch zuviel relativ sterile Totalitarismusgeschichte und mechanistische Diktaturvergleiche angestellt und ungewollt damit jenen in die Hände gearbeitet, die das Grundsätzliche in einem Meer von Erscheinungen und Entwicklungen zum Verschwinden bringen wollten und wollen.

Und vielleicht und vor allem haben wir in den letzten Jahren zu wenig Bundesrepublikgeschichte getrieben und damit jenes Staatswesen zumindest partiell aus dem Auge verloren, für das die DDR-Bevölkerung doch 1989/90 unbestreitbar votiert hat. Hier geht es auch um sehr elementare Logik: Diktaturgeschichte kann in ihrem inhumanen Kern nur dann erfahrbar gemacht werden, wenn das positive Muster von Demokratiegeschichte, mit allem je eigenem Licht und Schatten, erforscht, gepflegt und bewußt gehalten wird.

Damit zur letzten Überlegung: Auch im Kampf um Deutungen gibt es kein „Ende der Geschichte“. Intellektuelle und wo es Not tut, publizistische und institutionell-politische Wachsamkeit bleiben geboten.